

Mai 2013

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Breite Mehrheit befürwortet Steuererhöhungen	3
Sechs von zehn finden Vermögenssteuer gut.....	4
Mehrheit ist überzeugt, dass SPD und Grünen Steuererhöhungspläne schaden werden	5
Strafbefreiende Selbstanzeige: Minderheit für Beibehaltung der jetzigen Regelung	6
Regierungszufriedenheit: Schwarz-Gelb stabilisiert Rückhalt	7
Politikerbewertung: Merkel unangefochten auf Platz 1	9
Kanzlerpräferenz: Merkel weiter mit großem Abstand vor Steinbrück.....	11
Eurokrise: Mehrheit der Deutschen steht zur Gemeinschaftswährung, ein Drittel ist distanziert.....	12
AfD: vier von zehn fänden Bundestagseinzug gut.....	14
Sonntagsfrage: Geringe Veränderungen zur Vorwoche.....	15
Gründe für SPD-Tief aus Sicht der Bürger: Profilierungsprobleme in der Euro- Krise, Steuerpolitik, Stärke Merkels	17
Champions-League-Finale: Mehrheit erwartet Bayern-Sieg – und wünscht sich Dortmund	19

ARD – DeutschlandTREND Mai 2013

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte Fragen zur "Regierungszufriedenheit" / "Gerechtigkeit in Deutschland" / "strafbefreiende Selbstanzeige": rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	29. bis 30. April 2013 Sonntagsfrage: 29. April bis 01. Mai 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

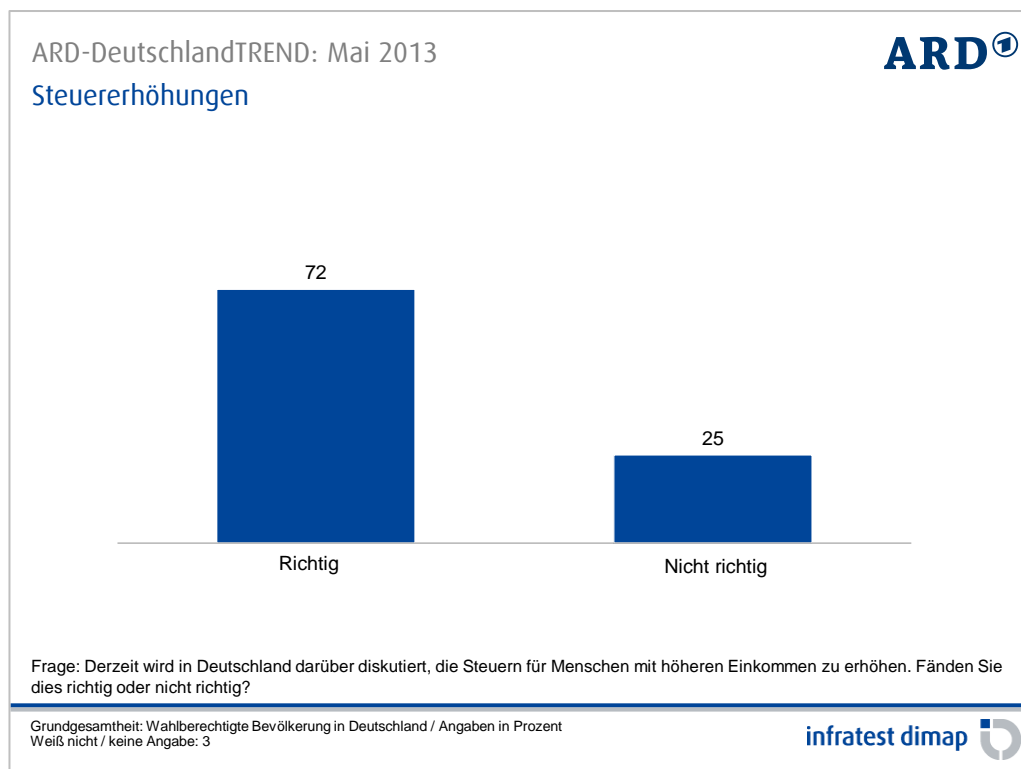
Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gelten bei den Bürgern seit geraumer Zeit als nicht gerecht. Derzeit finden 55 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem ungerecht zugeht, 40 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Vor diesem Hintergrund stoßen aktuelle Forderungen nach Steuererhöhungen auf breite Unterstützung in der Bevölkerung: 72 Prozent befürworten dieses Vorhaben. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) lehnt Steuererhöhungen ab. In der Bevölkerung findet die Vermögenssteuer die breiteste Unterstützung: 62 Prozent fänden es gut, wenn Menschen mit Vermögen darauf Vermögenssteuer zahlen müssten, 33 Prozent fänden das nicht gut. Eine Anhebung der Einkommenssteuer für Besserverdienende findet bei 53 Prozent der Bevölkerung positive Resonanz, 44 Prozent sind dagegen. Lediglich die Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnt eine Mehrheit (30:65 Prozent) ab. Eine Mehrheit der Bürger ist allerdings der Meinung, dass die Forderungen von SPD und Grünen den beiden Parteien im Wahlkampf schaden. Vor dem Hintergrund des Fall Hoeneß spricht sich eine Mehrheit gegen die Beibehaltung der generelle Strafbefreiung von Steuerhinterziehern bei einer Selbstanzeige aus: 34 Prozent plädieren für deren generelle Abschaffung, weitere 32 Prozent halten die Straffreiheit nur bei Bagatellfällen für angemessen.

Ungeachtet der andauernden Euro- und Schuldenkrise hält eine Mehrheit der Bürger weiterhin am Euro fest. In Deutschland überwiegt mit 76 Prozent die Einschätzung, die Gemeinschaftswährung sei insgesamt eine gute Idee, die allerdings bislang schlecht umgesetzt wurde. Nur drei von zehn (29 Prozent) sprechen sich für eine schnelle Wiedereinführung der D-Mark statt fortgesetzter Bemühung um den Euro aus. Ein Drittel der Bundesbürger (36 Prozent) glaubt, dass Deutschland den Euro nicht braucht. Entsprechend fordern sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die Gemeinschaftswährung zu retten. Ein gutes Drittel (37 Prozent) unterstützt diese Haltung allerdings nicht. Mit Blick auf die Zukunft gehen die Deutschen davon aus, dass die Gemeinschaftswährung Bestand haben wird. Drei Viertel (76 Prozent) rechnen damit, dass der Euro die Krise übersteht und auch in einigen Jahren noch existiert. Immerhin 37 Prozent der Wahlberechtigten fänden den Einzug der Euro-kritischen Partei „Alternative für Deutschland“ in den Bundestag gut. In Stimmen kann die AfD dies aktuell jedoch nicht umsetzen, denn sie verharrt bei einem Wähleranteil von 3 Prozent und damit deutlich unter der Mandatsschwelle. Die Union käme wie in der Vorwoche auf 40 Prozent, die FDP erneut auf 4 Prozent. Leichte Verluste muss die SPD hinnehmen (26 Prozent, -1), während die Grünen leicht zulegen (15 Prozent, +1). Die Linke (7 Prozent) bleibt stabil. Gründe für die Schwäche der SPD sind aus Sicht der Bürger vor allem deren Profilierungsprobleme in der Euro-Krise, die Steuerpolitik und die Stärke Angela Merkels. Nach dem Einzug von Bayern München und Borussia Dortmund in das Champions-League-Finale wünscht sich eine Mehrheit (58 Prozent) die Borussen als Sieger. Erwartet wird allerdings ein Sieg der Bayern im Wembley-Stadion (59 Prozent).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Mai 2013, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 29. April bis 1. Mai 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Breite Mehrheit befürwortet Steuererhöhungen

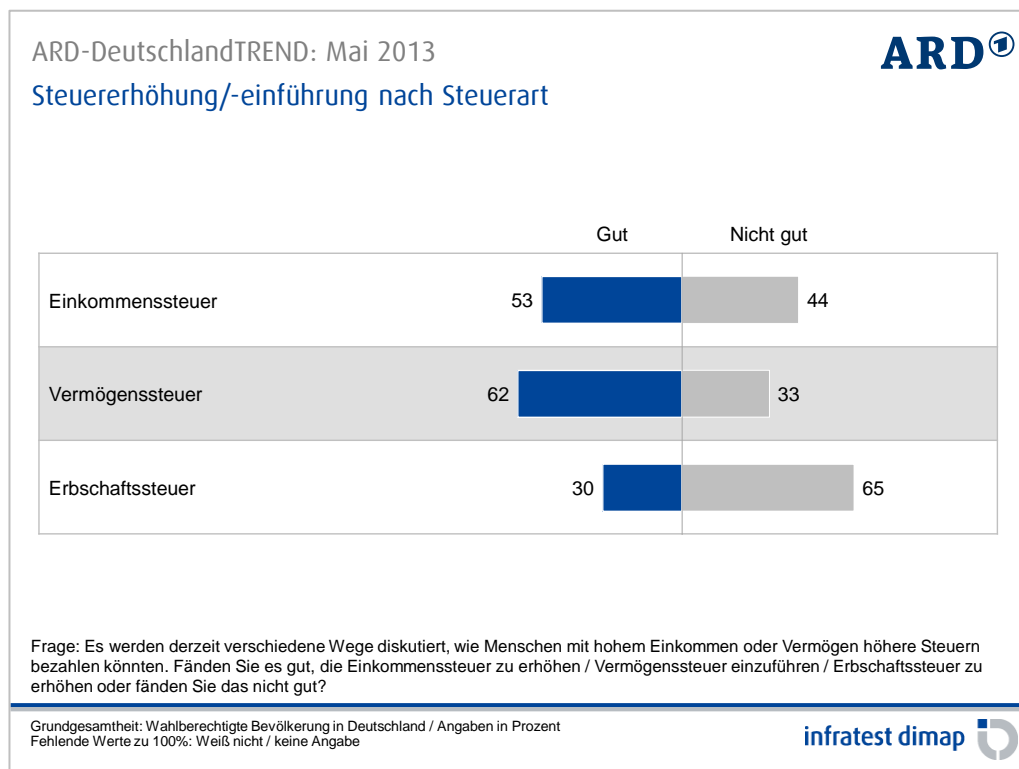
Die gesellschaftlichen Verhältnisse gelten bei den Deutschen seit geraumer Zeit als nicht gerecht. Derzeit finden 55 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem ungerecht zugeht, 40 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Vor diesem Hintergrund stoßen aktuelle Forderungen nach Steuererhöhungen durchaus auf Zuspruch. Während die Regierungsparteien Steuererhöhungen ablehnen, sprechen sich SPD und Grüne sowie die Linke für eine Erhöhung der Steuersätze aus. Eine stärkere steuerliche Belastung von Menschen mit höheren Einkommen findet breite Unterstützung in der Bevölkerung: Rund sieben von zehn (72 Prozent) befürworten dieses Vorhaben. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) lehnt Steuererhöhungen für Besserverdienende ab.



Steuererhöhungen für Besserverdiener finden in den meisten Bevölkerungsgruppen mehrheitlich Unterstützung, nicht jedoch in der möglicherweise betroffenen Einkommensgruppe. Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 5.000 Euro sind mehrheitlich gegen das Vorhaben. Doch immerhin vier von zehn plädieren auch in dieser Gruppe für eine Anhebung der Steuersätze. Auch unter Selbständigen und Freiberuflern spricht sich eine knappe Mehrheit für eine solche Maßnahme aus. Die Anhängerschaften der Grünen und der Linken plädieren nahezu geschlossen für Steuererhöhungen und auch die Unions-Anhänger votieren mit 59 Prozent dafür.

Sechs von zehn finden Vermögenssteuer gut

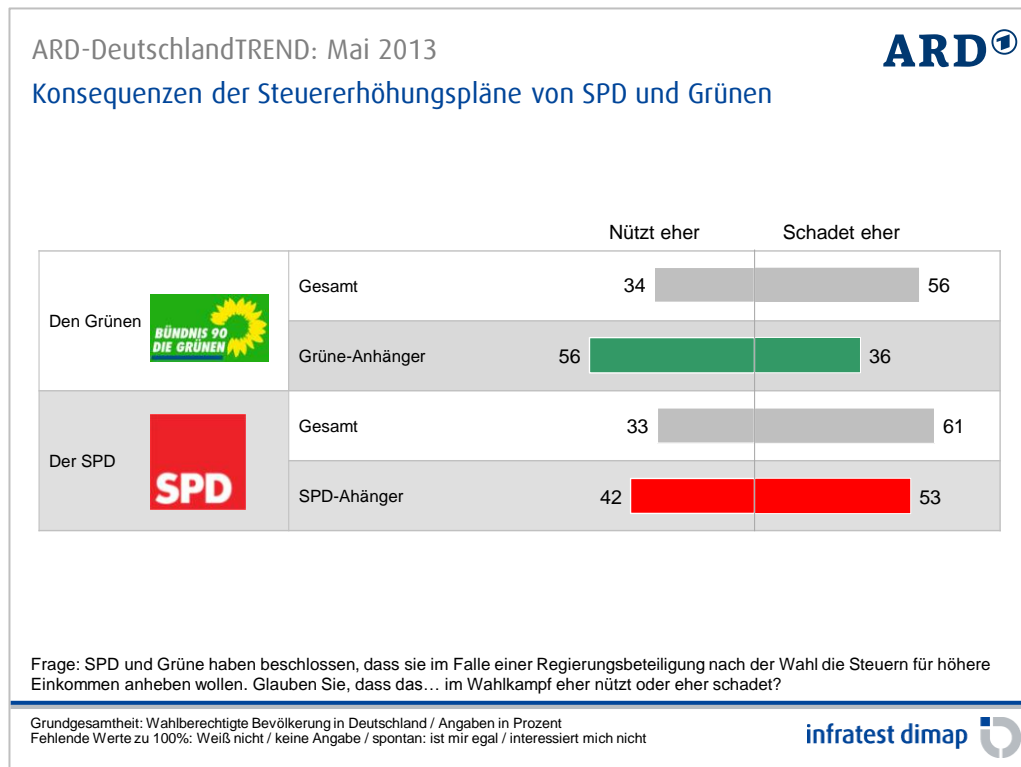
Um die Einnahmen der öffentlichen Hand zu verbessern, wird derzeit über die verschiedenen dafür geeigneten Steuerarten diskutiert. In der Bevölkerung findet die Vermögenssteuer die breiteste Unterstützung: 62 Prozent fänden es gut, wenn Menschen mit Vermögen darauf Vermögenssteuer zahlen müssten, 33 Prozent fänden das nicht gut. Eine Anhebung der Einkommenssteuer für Besserverdienende findet bei 53 Prozent der Bevölkerung positive Resonanz, 44 Prozent sind dagegen. Lediglich die Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnt eine Mehrheit (30:65 Prozent) ab.



Grundsätzlich gilt: je höher das Einkommen ist, desto geringer fällt die Zustimmung zu Steuererhöhungen aus. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen unter 3.000 Euro bewerten sechs von zehn eine Einkommenssteuererhöhung positiv, über 5.000 Euro sind genauso viele dagegen. Eine Einführung der Vermögenssteuer findet allerdings auch knapp jeder Zweite mit einem Einkommen über 5.000 Euro gut.

Mehrheit ist überzeugt, dass SPD und Grünen Steuererhöhungspläne schaden werden

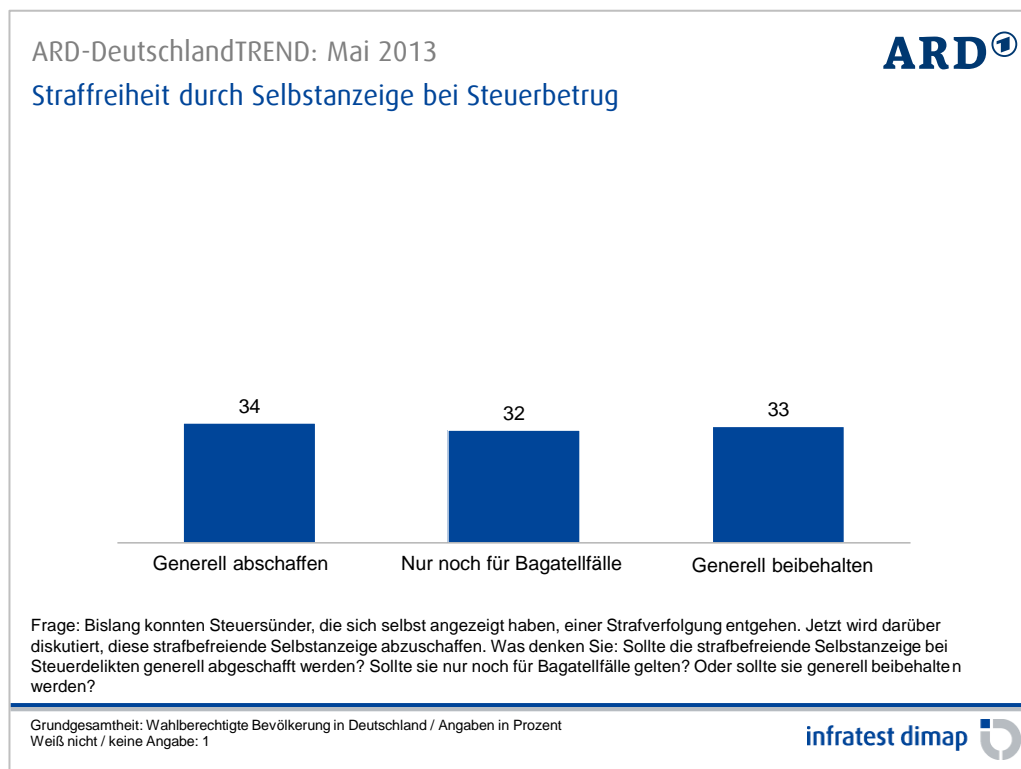
Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Grünen haben sich in ihren Bundestagswahlprogrammen für Steuererhöhungen ausgesprochen. Aus Sicht einer Mehrheit aller Bürger schadet sich damit die SPD (61 Prozent) im Wahlkampf. Nur ein Drittel (33 Prozent) meint, die Steuerpläne nutzen den Sozialdemokraten. Ähnliches gilt für die Grünen: Auch hier glaubt nur eine Minderheit, dass deren Steuer-Programmatik nützlich für die Bundestagswahl sein wird (34:56 Prozent).



Wichtiger als das Meinungsbild der Gesamtbevölkerung dürften aus Sicht der Parteien jedoch die Auffassungen ihrer eigenen Anhänger sein. In Bezug auf die steuerpolitischen Vorstellungen ihrer Parteien sind Anhänger der SPD und der Grünen unterschiedlicher Meinung. Die SPD-Anhängerschaft ist zu 53 Prozent der Meinung, dass dies den Sozialdemokraten im Wahlkampf schaden wird. Anders die Grünen-Anhänger, die zu 56 Prozent der Auffassung sind, dass die Steuererhöhungspläne ihrer Partei im Wahlkampf nützen werden.

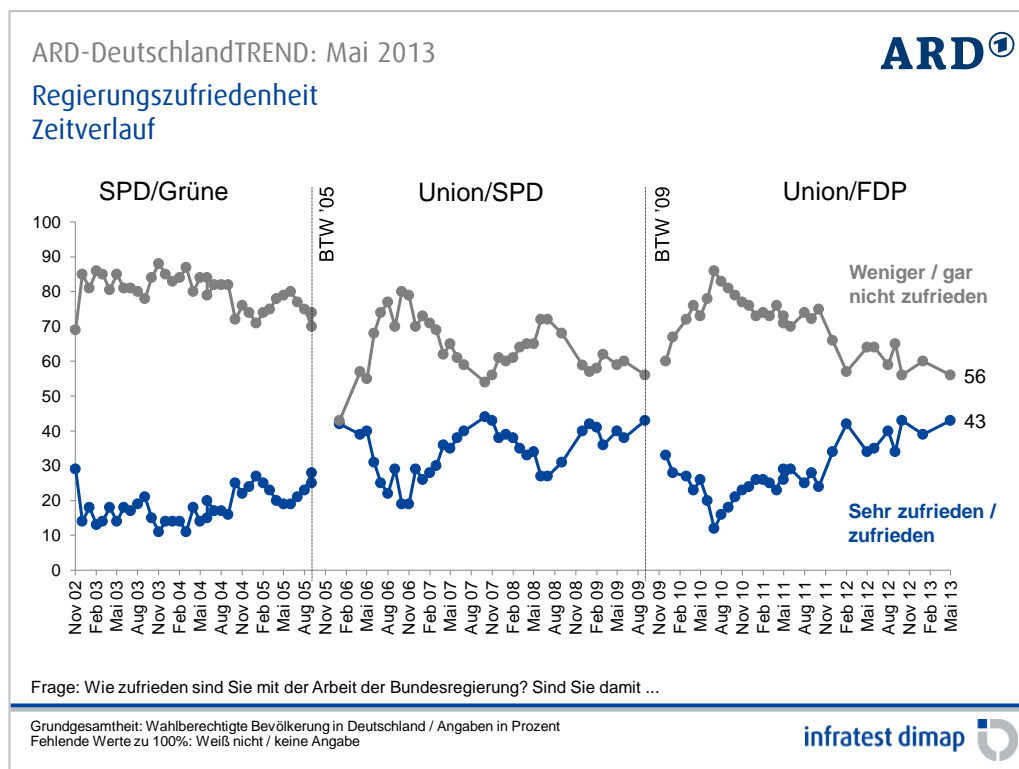
Strafbefreiende Selbstanzeige: Minderheit für Beibehaltung der jetzigen Regelung

Der Fall des FC Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß hat eine Debatte über die Abschaffung der Straffreiheit von Steuerhinterziehern, die sich selbst bei den Behörden anzeigen, angestoßen. Ein Drittel der Deutschen (33 Prozent) wollen die bisherige Regelung, bei der die Steuersünder auch bei hohen Summen von Strafverfolgung verschont bleiben, beibehalten. Demgegenüber will eine Mehrheit der Bürger die Strafbefreiung bei einer Selbstanzeige abschaffen bzw. modifizieren: Ein Drittel plädiert für deren generelle Abschaffung (34 Prozent). Ebenfalls ein Drittel (32 Prozent) hält die Straffreiheit nur bei Bagatellfällen für angemessen.

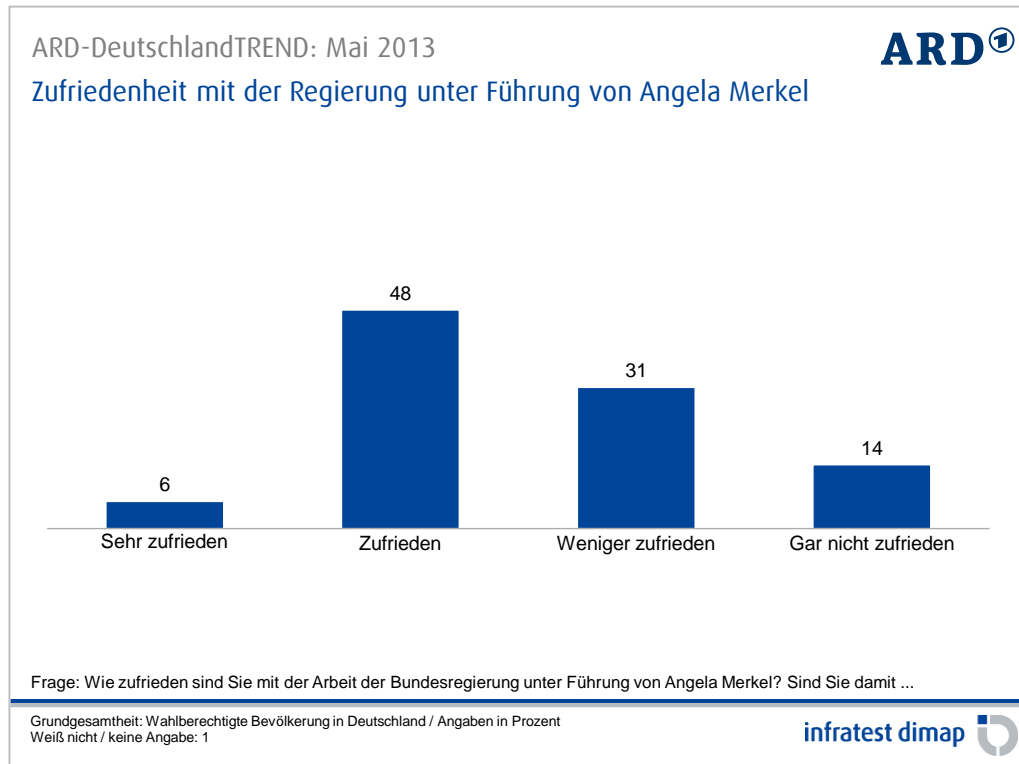


Regierungszufriedenheit: Schwarz-Gelb stabilisiert Rückhalt

Auch fünf Monate vor der Bundestagswahl überwiegt die Kritik an der schwarz-gelben Bundesregierung. Aktuell äußern sich vier von zehn Wahlberechtigten (43 Prozent) insgesamt zufrieden zur Arbeit der Bundesregierung, mehr als die Hälfte (56 Prozent) übt Kritik. Der Rückhalt für das Berliner Kabinett hat sich damit allerdings weiter stabilisiert und erreicht den bisherigen Höchstwert der laufenden Legislaturperiode vom vergangenen Herbst.

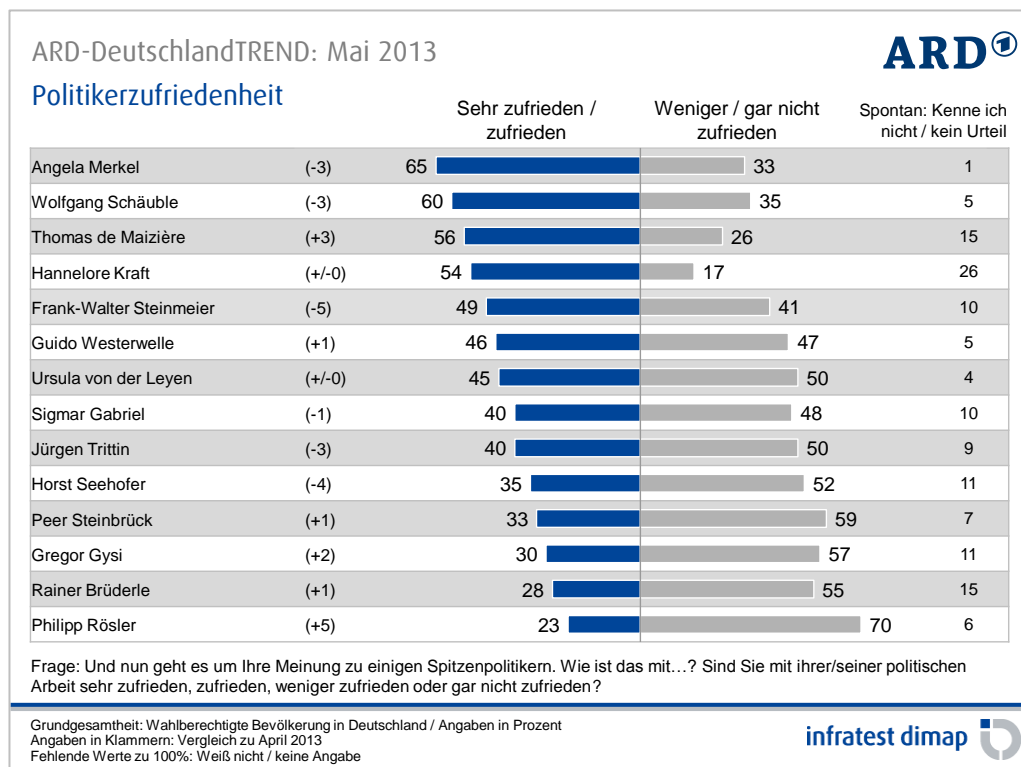


In der Außenwirkung kann die Union auf eine deutlich positive Wirkung der Kanzlerin bauen: Im Unterschied zur allgemeinen Bewertung des Kabinetts von Union und FDP überwiegen in der Bewertung der Regierungsleistung unter Führung von Angela Merkel sogar die positiven Meinungen: Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Bundesregierung *unter Führung von Angela Merkel* äußern sich 54 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden.



Politikerbewertung: Merkel unangefochten auf Platz 1

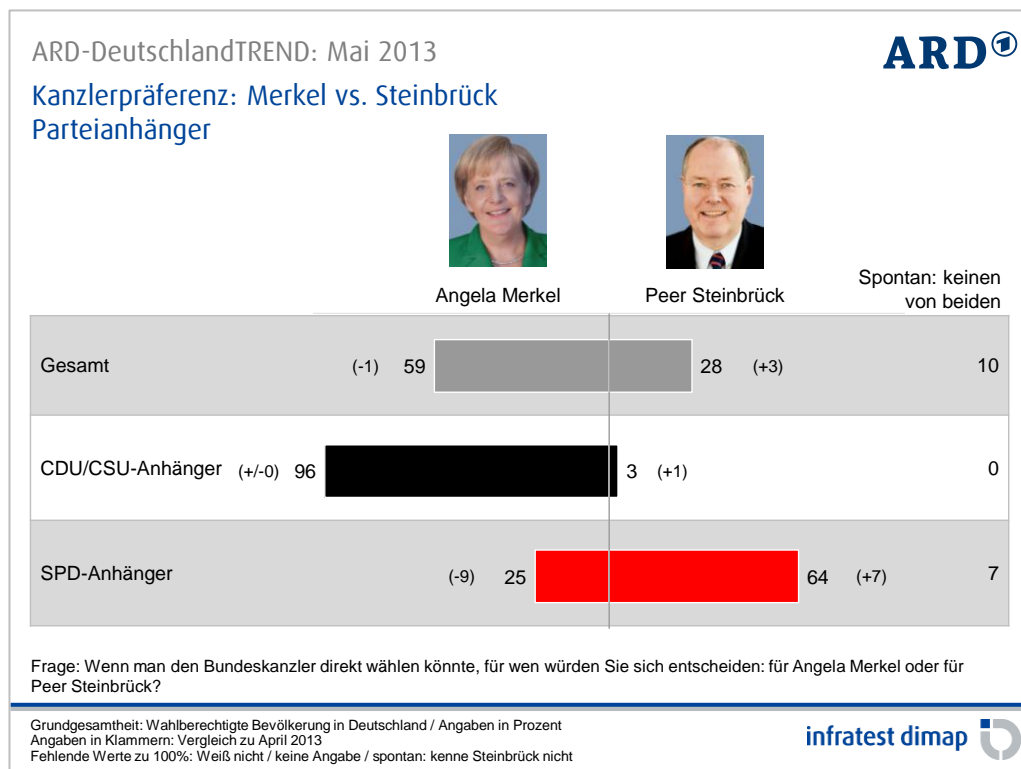
Die Bundeskanzlerin verbucht nach wie vor die höchsten Beliebtheitswerte der im DeutschlandTREND abgefragten Politiker. Mit einer Zufriedenheitsquote von 65 Prozent (-3 Punkte im Vergleich zum Vormonat) ist Angela Merkel weiterhin unangefochten auf Platz Eins der Rangliste. Finanzminister Wolfgang Schäuble (60 Prozent, -3) und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (56 Prozent, +3) folgen auf den Plätzen zwei und Drei mit deutlichem Abstand hinter der CDU-Chefin. Die weiteren Kabinettsmitglieder liegen im Mittelfeld: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen bekommt unverändert von 45 Prozent (+/-0) der Deutschen gute Noten. Ähnlich beliebt ist Außenminister Guido Westerwelle von der FDP (46 Prozent, +1). Im Unterschied dazu findet der Liberalen-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Philipp Rösler trotz Ansehenszuwachs nur bei jedem vierten Bürger positive Resonanz (23 Prozent, +5). Der Fraktionschef der Liberalen, Rainer Brüderle, überzeugt 28 Prozent (+1) der Wahlberechtigten. Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident, muss nach den Affären um die Beschäftigung von Angehörigen durch einige bayerische Landtagsabgeordnete Ansehensverluste hinnehmen: Aktuell äußern sich 35 Prozent wohlwollend über seine politische Arbeit, ein Minus von 4 Punkten.



In den Reihen der Oppositionspolitiker erreicht die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mit 54 Prozent (+/-0) Zufriedenheit die besten Werte. Dahinter liegt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier mit 49 Prozent (-5). Für ihn bedeutet das den niedrigsten Wert seit Juni 2010. Der Parteichef der Sozialdemokraten, Sigmar Gabriel, liegt mit 40 Prozent (-1) wohlwollenden Urteilen gleichauf mit dem GRÜNEN-Spitzenkandidaten Jürgen Trittin (40 Prozent, -3). Peer Steinbrück, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, erhält lediglich von einem Drittel der Deutschen (33 Prozent, +1) positive Resonanz auf sein politisches Wirken. Damit liegt er nur wenige Punkte vor dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Gregor Gysi, mit 30 Prozent (+2).

Kanzlerpräferenz: Merkel weiter mit großem Abstand vor Steinbrück

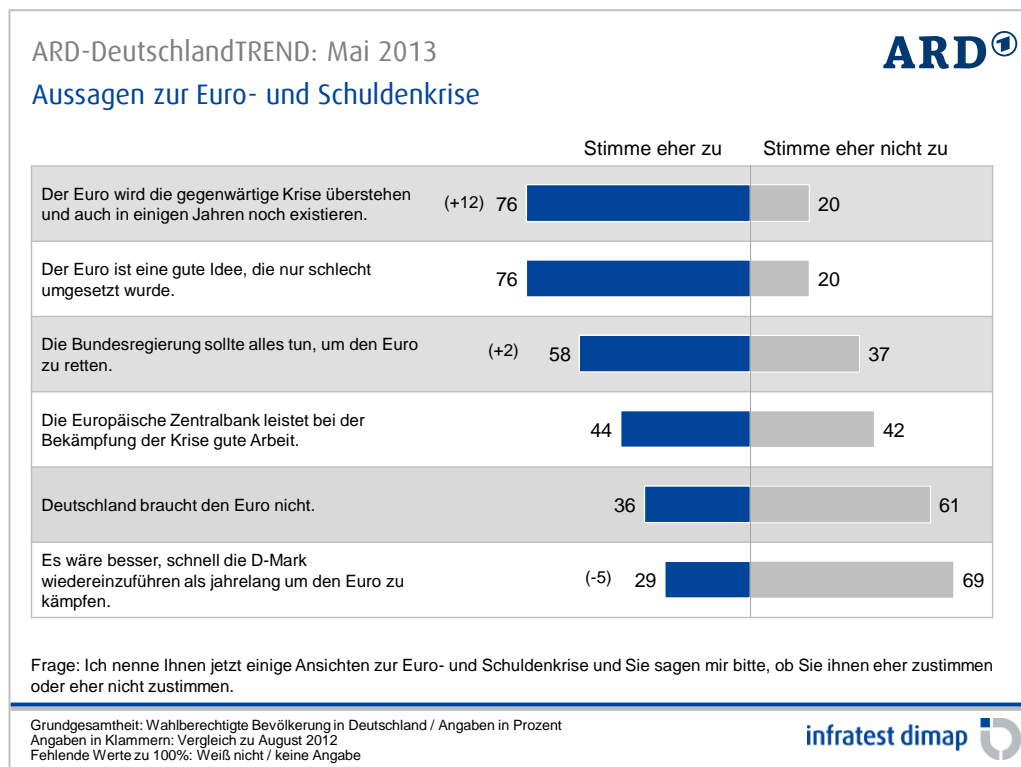
Vor dem Hintergrund des unverändert großen Popularitätsgefälles zwischen der Unions-Amtsinhaberin und dem SPD-Herausforderer ergeben sich auch in der Kanzlerpräferenz der Deutschen keine grundsätzlichen Veränderungen: 59 Prozent (-1) sprechen sich wie im Vormonat für Angela Merkel im Amt des Bundeskanzlers aus, 28 Prozent für Peer Steinbrück (+3).



Auch in diesem Monat gilt: Merkel hat ihre Parteianhänger nahezu geschlossen hinter sich, während Steinbrück bei einer Direktwahl nur mit den Stimmen von zwei Drittel der SPD-Anhänger rechnen könnte. Ein Viertel der sozialdemokratischen Anhängerschaft würde sich in diesem Fall für die Amtsinhaberin entscheiden. Allerdings gelingt es Steinbrück jetzt besser, die SPD-Anhängerschaft um sich zu scharen: Sein Zuspruch in den eigenen Reihen ist binnen Monatsfrist von 57 auf 64 Prozent gestiegen.

Eurokrise: Mehrheit der Deutschen steht zur Gemeinschaftswährung, ein Drittel ist distanziert

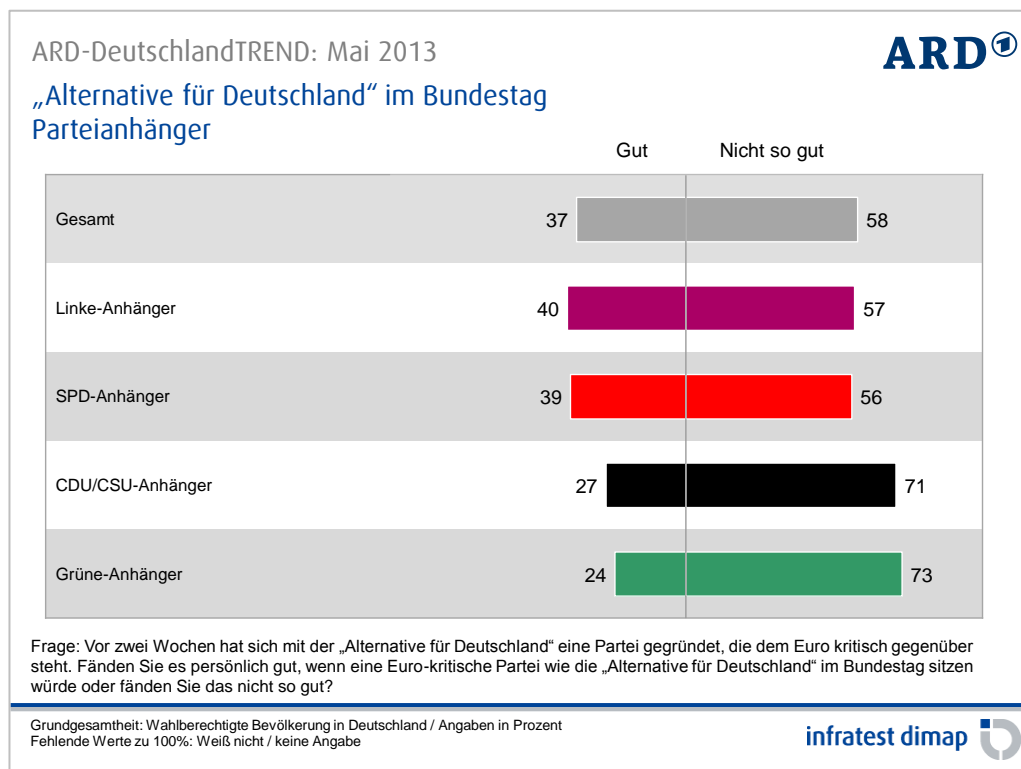
Ungeachtet der Dauer-Probleme der Gemeinschaftswährung und der schweren wirtschaftlichen Krise in den südeuropäischen Euro-Ländern hält eine Mehrheit der Bundesbürger weiterhin am Euro fest. In Deutschland überwiegt mit 76 Prozent die Einschätzung, die Gemeinschaftswährung sei insgesamt eine gute Idee, die allerdings bislang schlecht umgesetzt wurde. Nur drei von zehn (29 Prozent) sprechen sich für eine schnelle Wiedereinführung der D-Mark statt fortgesetzter Bemühung um den Euro aus. Ein Drittel der Bundesbürger (36 Prozent) glaubt, dass Deutschland den Euro nicht braucht. Entsprechend fordern sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die Gemeinschaftswährung zu retten. Ein gutes Drittel (37 Prozent) unterstützt diese Haltung allerdings nicht. Umstritten ist unter den Bundesbürgern die bisherige Rolle der Europäischen Zentralbank in der Krisenpolitik: Vier von zehn (44 Prozent) bescheinigen ihr eine gute Arbeit, ebenso viele (42 Prozent) kommen allerdings zu einem gegenteiligen Urteil. Mit Blick auf die Zukunft gehen die Deutschen davon aus, dass die Gemeinschaftswährung Bestand haben wird. Drei Viertel (76 Prozent) rechnen damit, dass der Euro die Krise übersteht und auch in einigen Jahren noch existiert.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass in Reihen von SPD und Linken die Skepsis gegenüber der Gemeinschaftswährung überdurchschnittlich ist. Immerhin ein Drittel der SPD-Anhänger und drei von zehn Linke-Anhänger plädieren für die schnelle Wiedereinführung der D-Mark. Darüber hinaus sind jeweils rund vier von zehn SPD- und Linke-Anhänger der Auffassung, dass Deutschland den Euro nicht braucht.

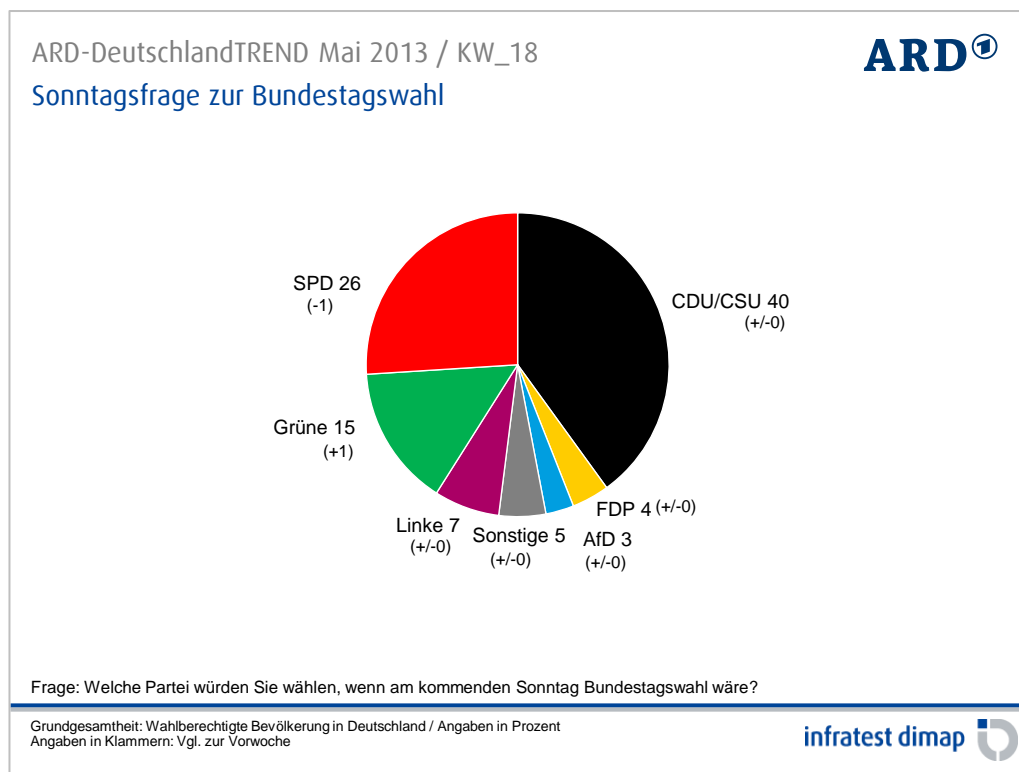
AfD: vier von zehn fänden Bundestageinzug gut

Dass eine sichtbare Minderheit der Bundesbürger die Gemeinschaftswährung wie auch Versuche ihrer Rettung durchaus kritisch sieht, bietet Raum für neue parteipolitische Angebote. Zwar fände eine Mehrheit der Bundesbürger (58 Prozent) den Bundestageinzug einer Euro-kritischen Partei wie der neu gegründeten „Alternative für Deutschland“ (AfD) nicht gut. Bei immerhin vier von zehn Wahlberechtigten (37 Prozent) würde eine Erweiterung der Bundestagsparteien aber durchaus auf positive Resonanz stoßen



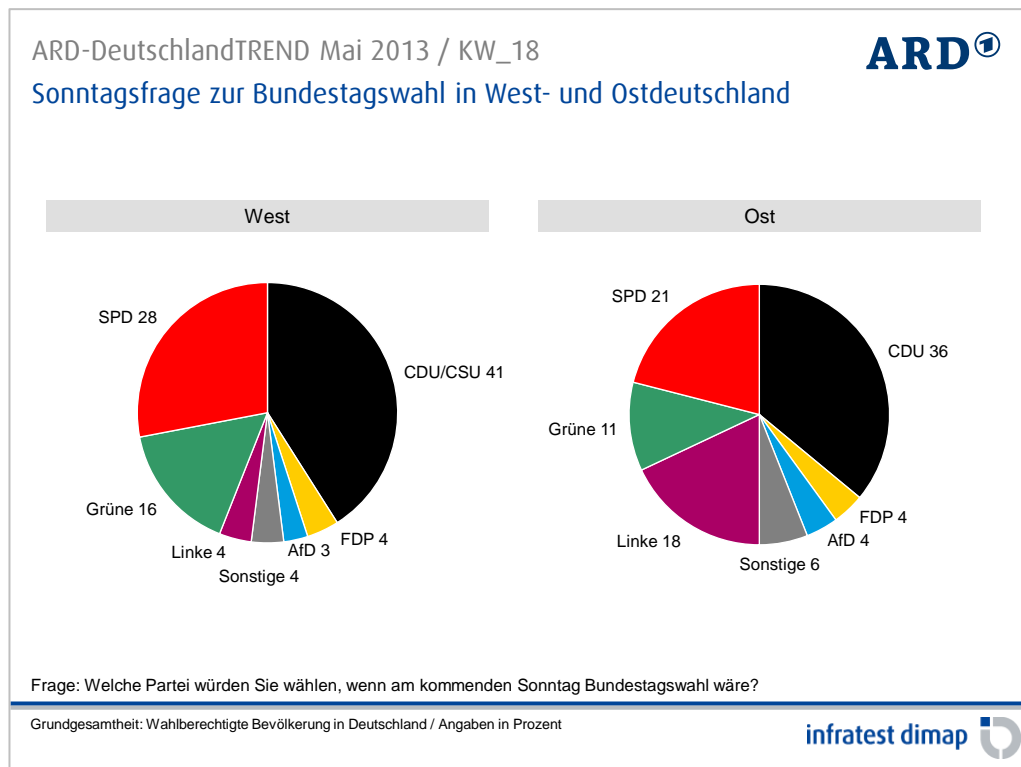
Sonntagsfrage: Geringe Veränderungen zur Vorwoche

In der politischen Stimmung ergeben sich im Vergleich zur Vorwoche nur geringe Veränderungen. Wenn bereits am nächsten Sonntag gewählt würde, käme die CDU/CSU wie in der Vorwoche auf einen Wähleranteil von 40 Prozent. Der Koalitionspartner FDP verharret weiterhin unterhalb der Mandatsschwelle und würde unverändert 4 Prozent erreichen. Leichte Verluste muss die SPD hinnehmen, die in dieser Woche 26 Prozent der Stimmen (-1) auf sich vereinen kann. Während die Grünen leicht zulegen (15 Prozent, +1), bleibt die Linke (7 Prozent) stabil. Gleiches gilt für die AfD, die mit 3 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt allerdings keine Chance auf den Einzug in den Bundestag hätten. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent erreichen.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs hätten sowohl Schwarz-Gelb als auch Rot-Grün die notwendige Regierungsmehrheit klar verfehlt. Neben einer Großen Koalition würden aktuell sowohl ein Zusammenschluss aus Union und Grünen als auch ein rot-rot-grünes Bündnis über eine Mehrheit im Bundestag verfügen.

In den alten Bundesländern käme die Union in dieser Woche auf 41 Prozent, die SPD auf 28 Prozent. Die Grünen hätten 16 Prozent in Aussicht, FDP und die Linke jeweils 4 Prozent. Die AfD könnte in den alten Bundesländern mit 3 Prozent rechnen.

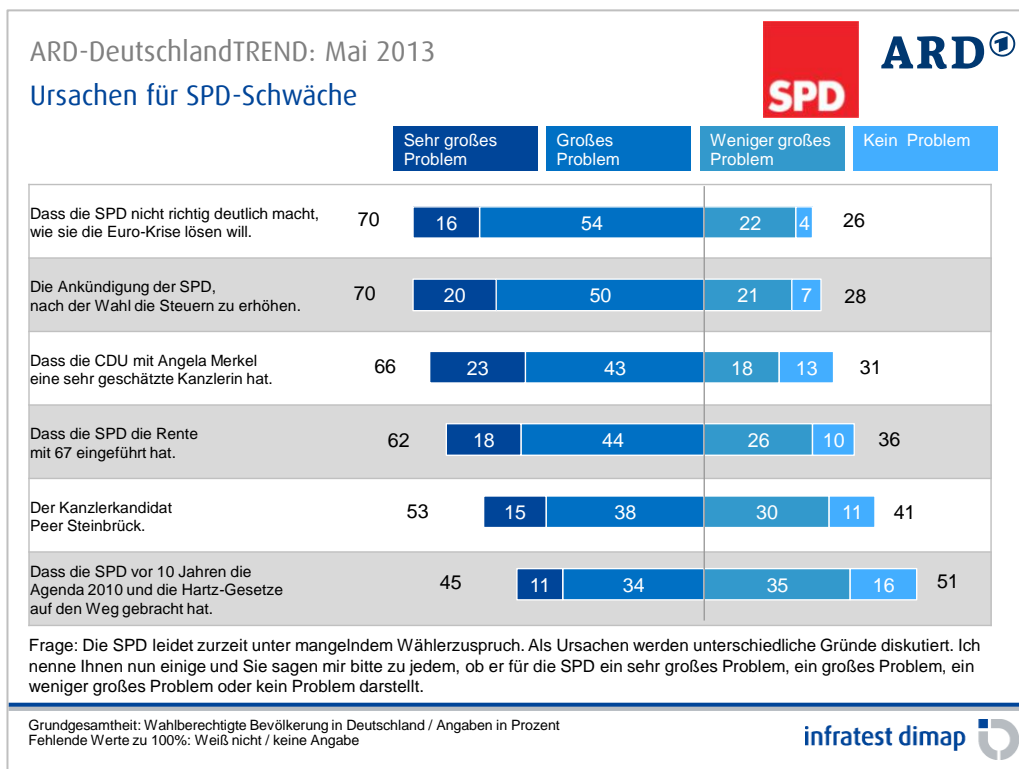


In den neuen Bundesländern erreichte die CDU 36 Prozent, die SPD 21 Prozent. Die Linke käme auf 18 Prozent. Die Grünen erreichen im Osten der Republik aktuell 11 Prozent. FDP (4 Prozent) und AfD (4 Prozent) bleiben auch hier unter der Mandatsschwelle.

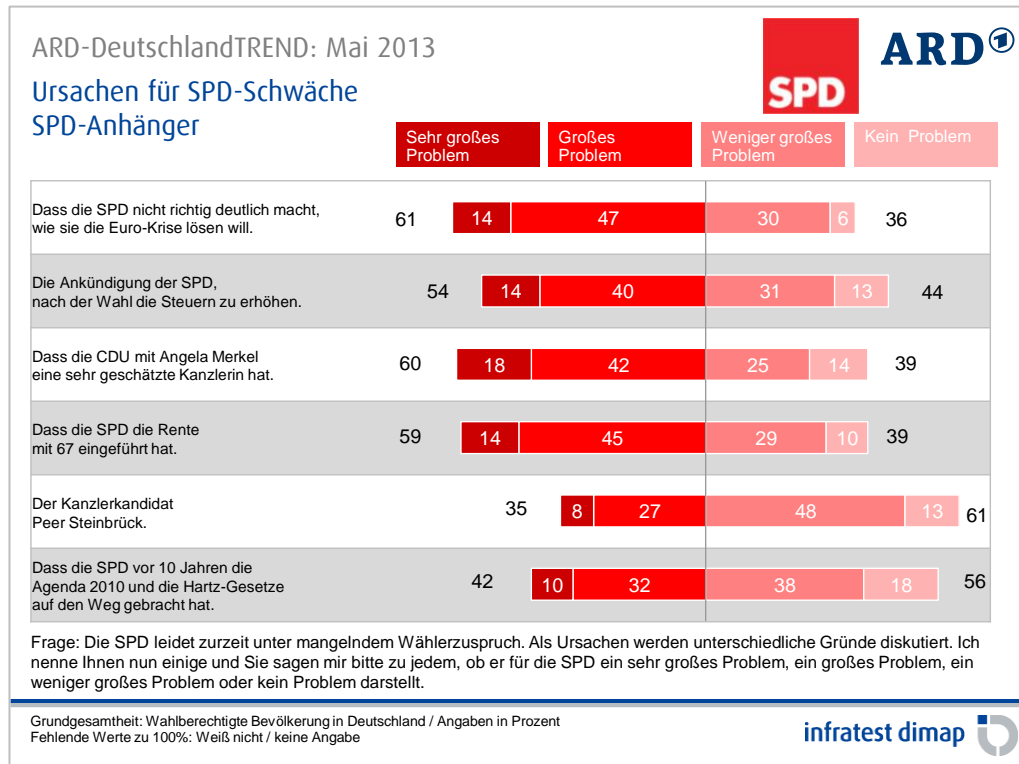
Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Gründe für SPD-Tief aus Sicht der Bürger: Profilierungsprobleme in der Euro-Krise, Steuerpolitik, Stärke Merkels

Die SPD bleibt in der politischen Stimmung seit einem Jahr deutlich hinter den Unionsparteien zurück. 70 Prozent der Bundesbürger sehen ein Hauptproblem für die Sozialdemokraten in der Dominanz europapolitischer Themen und der Schwierigkeit der SPD, sich gegenüber der Krisenpolitik der Kanzlerin abzugrenzen. Obwohl Steuererhöhungen bei den Bundesbürgern eine breite Unterstützung finden, glauben zudem sieben von zehn (70 Prozent), dass für die SPD die eigenen steuerpolitischen Forderungen strategisch von Nachteil sein könnten. Immerhin 62 Prozent sehen die Wurzeln der aktuellen SPD-Probleme in zurückliegenden Regierungsentscheidungen wie der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 in der Zeit der Großen Koalition.



In der Frage, ob sich in den aktuellen Problemen der Sozialdemokraten auch die Kritik an die noch weiter zurückliegende Agenda-Politik niederschlägt, überwiegen eher die Zweifel: 45 Prozent sehen hierin unverändert eine Belastung für die SPD, 51 Prozent bezweifeln dies. In personeller Hinsicht sehen die Bundesbürger eine große Herausforderung für die Sozialdemokraten in der Popularität der Kanzlerin (66 Prozent). Jeder Zweite (53 Prozent) führt die Probleme der SPD aber auch auf deren eigenen Spitzenkandidaten Peer Steinbrück zurück.



Champions-League-Finale: Mehrheit erwartet Bayern-Sieg - und wünscht sich Dortmund

Erstmals werden zwei deutsche Mannschaften das Finale der Champions-League bestreiten. Bayern München und Borussia Dortmund werden im Londoner Wembley-Stadion aufeinander treffen. Dabei wünschen 58 Prozent der Deutschen dem Ruhrgebietsverein einen Erfolg am 25. Mai. Nur ein gutes Viertel (27 Prozent) möchte, dass die Bayern siegreich sind.



Dortmund ist zwar der Wunschsieger der Deutschen – klarer Favorit auf den internationalen Titel sind aus Sicht der Bevölkerung allerdings die Bayern: 59 Prozent erwarten, dass der neue deutsche Meister auch den begehrten europäischen Pokal holen wird. Lediglich drei von zehn (28 Prozent) gehen davon aus, dass Dortmund das Team von Jupp Heynckes in London bezwingen wird.



--
 Richard Hilmer
 Reinhard Schlinkert